



Reden

12.11.2014

**Thema: Gesetzentwurf zur Regelung des Zugangs zu Informationen im Freistaat Bayern
(Bayerisches Informationszugangsgesetz - BayIZG)**

Florian Streibl (FW): Sehr geehrte Frau Präsidentin, wert Kolleginnen und Kollegen! Wir möchten, dass in Bayern endlich ein allgemeiner und voraussetzungsloser Zugang zu amtlichen Informationen ermöglicht wird. Wir möchten, dass die Behörden proaktiv Informationen veröffentlichen, zu denen die Bürgerinnen und Bürger Zugang haben. Sie, meine Damen und Herren von der CSU-Fraktion, wehren sich seit Jahren gegen solche Gesetze wie der Teufel gegen das Weihwasser. Sie übersehen aber, dass wir den Bürgern die Informationen geben müssen, die sie benötigen, wenn wir sie in die demokratischen Prozesse mit einbinden wollen. Ein solcher Informationszugang würde ein Mehr an Kontrolle staatlichen Handelns bedeuten, das wollen Sie anscheinend aber nicht. Er würde auch ein Mehr an Akzeptanz staatlichen Handelns hervorrufen. Im Rechtsausschuss ist immer wieder gesagt worden, dass es schon Möglichkeiten des Informationszugangs gibt. Das stimmt. Aber diese Möglichkeiten sind hinter einem Wust von Paragraphen versteckt. Die Suche nach Informationen ist letztlich wie die Suche nach der Nadel im Heuhaufen. An den Zugang zu Informationen sind immer Voraussetzungen geknüpft. Wenn man den Informationszugang bürgerfreundlich regeln will, muss man es anders machen. Des Weiteren wird von Ihnen immer wieder das Argument ins Feld geführt, dass der Informationszugang dem Datenschutz widerspricht. Dieses Argument ist schlicht lächerlich. In elf Bundesländern und im Bund gibt es Informationszugangsgesetze, und die verstoßen auch nicht gegen den Datenschutz. Selbst der Landesbeauftragte für den Datenschutz in Bayern würde ein solches Gesetz begrüßen und fördern. Von daher ist es nicht nachvollziehbar, warum Sie weiter gegen dieses Gesetz Widerstand leisten. Die Argumente, die Sie ins Feld führen, sind letztlich nur Scheinargumente. Sagen Sie doch, dass Sie ein solches Gesetz überhaupt nicht haben wollen. Sagen Sie doch, dass Sie unseren Bürgern lieber Steine statt Brot geben wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sagen Sie doch, dass Sie lieber Herrschaftswissen behalten statt Beteiligung zu ermöglichen. Sagen Sie es doch, dass Sie Angst vor Aufklärung und Angst vor aufgeklärten Bürgern haben. Bedenken Sie, dass schon Immanuel Kant gesagt hat, dass alle auf das Recht anderer Menschen bezogene Handlungen, deren Maxime sich nicht mit der Publizität verträgt, unrecht sind. Geben Sie deswegen die Möglichkeit zur Kenntnisnahme und Einsichtnahme. Noch ein Gedanke: Ohne Bürger gibt es keine Republik. Ohne Volk gibt es keine Demokratie. Das sicherste Mittel, eine Demokratie zu zerstören, besteht darin, dass man dem Bürgern sein zivisches Bewusstsein, sein Bewusstsein, Bürger zu sein, raubt. Wenn Sie den Bürger nicht ernst nehmen und nur in Sonntagsreden behaupten, dass er der Koalitionär des Ministerpräsidenten sei, ist das letztlich eine Farce. Sie müssen den Bürger ernst nehmen. Das



**BAYERISCHER LANDTAG
ABGEORDNETER
Florian Streibl**

heißt, Sie müssen ihn auch offen und ehrlich informieren und ihm offenen Zugang zu Informationen ermöglichen. Alles andere ist eine Entmündigung des Bürgers. Sie wollen ihn nur zu einem schwarzen Untertan machen. Das wollen wir nicht. Wir wollen mündige Bürger. Geben Sie sich deswegen einmal einen Ruck und stimmen Sie diesem Gesetzentwurf zu. Danke schön.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)